

## Das andere Kairo

Unvorstellbare 20 Millionen Menschen sollen in Kairo leben. Die Stadt ist ein brüllender Moloch, in dem Glanz und Elend dicht beieinander wohnen, mit wenigen Orten der Stille. **Seite 3**



## Geheimplan

Genehmigt ist das Zwischenlager Nord bei Lubmin bis 2039. Doch im Bundestag wird offenbar bereits der Betrieb bis 2080 vorbereitet. Die Atomkritiker zürnen – und sehen sich bestätigt. **Seite 6**



## Gegen Haltelinien

Wer Haltelinien im Parteiprogramm der LINKEN brauche, der misstraue den eigenen Genossen, sagt Kerstin Kaiser, Vorsitzende der Linksfraction im Brandenburger Landtag, im ND-Interview. **Seite 14**

## Standpunkt

### Teilen ist nicht

Von Regina Stötzel

Es fällt auf: Der Ton, mit dem über Einwanderer und ihre Herkunftsländer gesprochen und geurteilt wird, hat sich insbesondere in Deutschland verschärft. Und das ist genau zu einer Zeit geschehen, in der sich die Politiker hierzulande brüsten, die große Krise souverän gemeistert zu haben, während viele andere Länder an deren Folgen laborierten. Teilen ist eben nicht jedermanns Sache. Für den Menschenrechtskommissar im Europarat, Thomas Hammarberg, droht bereits jetzt eine »dramatische Kehrtwendung europäischer Werte«, und er befürchtet noch Schlimmeres, sollte die Eurozone auseinanderbrechen.

Schon jetzt gelten Migranten hierzulande als potenzielle Abzocker oder Terroristen und müssen für jede Misere in Problembezirken herhalten. Die südeuropäischen Länder nebst ihren Bewohnern werden als faul und verschwenderisch diffamiert. Sie seien selbst an ihrer Pleite schuld, weil sie keine Reformen zustande gebracht hätten. Gemeint sind damit wohl staatliche Verarmungsprogramme wie die Hartz-Gesetze und der Ausbau des Niedriglohnssektors. »Bild« verglich Deutschland mit einem »sparsamen Hausbesitzer« und zeigte Verständnis dafür, dass dieser nicht seinen »verschwenderrischen 26 Nachbarn zuliebe« höhere Kreditzinsen zahlen will.

Willkommen ist allein handverlesenes Menschenmaterial für die deutsche Wirtschaft. Es soll die wirtschaftlichen Erträge noch vergrößern, von denen man dann erst recht nichts abgeben will.

## Unten links

Die erste Weihnachtsansprache von Bundespräsident Christian Wulff ist von Werk- und Untätigen in Stadt und Land, Kulturschaffenden sowie anderen fortschrittlichen gesellschaftlichen Kräften als herausragendes Festtagsereignis gewürdigt worden. Besonders beeindruckte, dass Wulff die gesamte Rede im Stehen hielt und nicht ein einziges Mal umfiel. Der neben dem Staatsoberhaupt platzierte Weihnachtsbaum hätte es nicht besser machen können. Das innovative Konzept der Stühre geht zurück auf solche charismatischen Persönlichkeiten wie Jesus Christus und Guido Westerwelle, die ihre bedeutendsten Auftritte wie Berg- oder Dreikönigspredigt ebenfalls in aufrechter Haltung absolvierten. Und der Papst spendete seinen traditionellen Segen für Urbi, Orbi, Obi und die anderen Völker der Welt diesmal zwar ohne Ton im ZDF, aber wie stets stehend. Allerdings befürchtete Angela Merkel bis zum Ende der Ansprache des Bundespräsidenten, dass dieser aus Versehen zurücktritt. *ibo*

www.neues-deutschland.de  
twitter.com/ndaktuell

Postvertriebsstück / Entgelt bezahlt  
Einzelpreise Ausland:  
Österreich Mo-Fr 1,60 EUR/Sa 2,00 EUR  
Slowakei 1,70/2,10 EUR  
Tschechien 61/71 CZK  
Polen 6,60/9,50 PLN ISSN 0323-4940



# Menschenrechte im Sog der Krise

Kommissar des Europarats rügt Stimmungsmache in Deutschland gegen Migranten



Deutsch lernen, aber zack, zack!

Foto: dpa/Arno Burgi

In Deutschland werden Einwanderer schlecht behandelt und sind die Menschenrechte ausbaufähig, ganz Europa rückt nach rechts. Die ökonomische Krise zeitigt politische Folgen.

Berlin/Straßburg (epd/ND). Thomas Hammarberg, der Menschenrechtskommissar im Europarat, hat der Bundesregierung vorgeworfen, in der Integrationsdebatte Stimmung gegen Migranten zu machen. Er sei zutiefst schockiert gewesen über die Aussage von Bundeskanzlerin Angela Merkel, das Multi-Kulti-Konzept habe versagt. »Wenn wir an diesem Konzept nicht festhalten, bedeutet dies eine dramatische Kehrtwendung europäischer Werte«, sagte er. Einwanderern würden Auflagen

gemacht, die an Unterdrückung grenzten, kritisierte Hammarberg. Er bezeichnete es als großen Fehler, von Migranten zu fordern, sie sollten umgehend Deutsch lernen und sich nationalstaatlichen Eigenheiten anpassen. Dieser Druck sei unnötig. »Fühlen sich die Menschen nicht willkommen, isolieren sie sich«, sagte Hammarberg. Das berge Gefahren sowohl für die Staaten als auch die Minderheiten.

Amnesty International forderte von der Bundesregierung mehr Einsatz für die Menschenrechte. Wegen der Mitgliedschaft im Weltrechtsrat in den kommenden beiden Jahren sei Deutschland besonders gefordert, sagte die Generalsekretärin der deutschen Sektion, Monika Lütke.

Sie forderte Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) auf, ein Gesetz über die Rechte und Pflichten von Soldaten bei Auslandseinsätzen vorzulegen. Dabei müsse geklärt werden, wie die Menschenrechte von Zivilisten und Aufständischen zu schützen seien. Für deutsche Polizisten forderte Lütke die Einführung einer Kennzeichnungspflicht, so wie in Berlin Anfang 2011 geplant.

Beide Experten für Menschenrechte übten auch an den anderen Staaten der Europäischen Union Kritik. Sie kritisierten etwa die Hetze und die Benachteiligung von Roma in vielen Staaten. »Wir haben eine Atmosphäre in Europa geschaffen, in der Migranten wie Feinde behandelt werden«, sagte

Hammarberg. Islamfeindliche Äußerungen hätten in diesem Jahr deutlich zugenommen, und rechtspopulistische Strömungen hätten Zulauf.

Für ihn hängt der Rechtsruck in Europa unmittelbar mit der Wirtschaftskrise zusammen. »Wenn die wirtschaftliche Krise nicht gelöst werden kann und die Eurozone zusammenbricht, wird der Fremdenhass zunehmen«, befürchtet er. Neben der ökonomischen durchlebe Europa eine politische Krise. Der Umgang mit Migranten sei zu einer der größten Herausforderungen geworden. »Der alternde Kontinent vergisst dabei, dass er Migranten braucht, um den Wohlstand in Europa zu halten«, sagte Hammarberg.

# Wochenende der Gewalt am Hindukusch

46 Opfer bei Anschlag in Nordwestpakistan / Deutscher Entwicklungshelfer in Afghanistan getötet

Mit Sprengstoff und Handgranaten richtete eine Selbstmordattentäterin im Nordwesten Pakistans ein Blutbad unter Flüchtlingen an und riss mindestens 46 Menschen mit in den Tod. Im Norden Afghanistans wurde ein deutscher Entwicklungshelfer von Aufständischen getötet.

Islamabad/Kabul (Agenturen/ND). Bei dem Attentat in der pakistanischen Stadt Khar im halbautonomen Stammesgebiet Bajaur wurden etwa 100 weitere Menschen verletzt. Anschlagort war eine Ausgabestelle für Lebensmittel. Die Taliban übernahmen die Verantwortung für die Tat.

Die Attentäterin war nach Angaben von Augenzeugen mit einer Burka – dem muslimischen Ganzkörperschleier – bekleidet und hatte versucht, auf das Gelände vorzudringen. Nachdem sie von Sicherheitskräften gestoppt worden sei, habe die Frau zunächst Handgranaten geworfen und sich wenig später gesprengt. »Körperteile, Hände und Füße lagen nahe dem Tor verstreut«, sagte ein Augenzeuge, der das Alter der Täterin auf Anfang 20 schätzte. Ein Sprecher der Regionalregierung erklärte, auf dem Gelände waren zum Zeitpunkt des Anschlags am Sonnabend etwa 300 Menschen versammelt. In dem



Nach dem Anschlag: Ein Verletzter wird abtransportiert.

Foto: AFP/Ahmed

Zentrum im unruhigen Grenzgebiet zu Afghanistan werden Flüchtlinge mit Nahrungsmittelhilfen der Regierung und des Welternährungsprogramms der Vereinten Nationen versorgt. Erst in der Nacht zum Freitag hatten rund 150 Aufständische fünf Checkpoints im Stammesgebiet Mohmand angegriffen. 11 Soldaten und 24 Extremisten starben. Am Sonnabend nahmen Militärhubschrauber Positionen der Militanten ins Visier,

mindestens 40 Menschen kamen ums Leben.

Im Norden Afghanistans ist ein deutscher Entwicklungshelfer bei einem Anschlag ums Leben gekommen. Nach Angaben des Entwicklungsministeriums in Berlin war ein mit vier Personen besetztes Fahrzeug der deutschen Entwicklungszusammenarbeit beschossen worden. Unter den Insassen war auch der deutsche Berater der KfW Entwicklungsbank, der

am ersten Weihnachtstag seinen schweren Verletzungen erlag.

Die afghanische Regierung hat einen Einsatz der ISAF in Kabul als Verstoß gegen die geltenden Regeln bezeichnet. ISAF-Soldaten hatten das Gebäude einer Handels- und Transportfirma gestürmt, nachdem sie eigenen Angaben zufolge Informationen erhalten hatten, dass sich in dem Haus zwei Wagen mit Sprengstoff für einen Anschlag auf die US-Botschaft befänden. Dabei wurden zwei afghanische Wachleute getötet. Die Verantwortung für die Sicherheit in Kabul war 2008 an die afghanische Polizei übertragen worden.

Im Südosten Afghanistans sind vier türkische Ingenieure und ihr Fahrer entführt worden. Wie ein Behördensprecher mitteilte, wurden die Männer im Distrikt Patan in der Provinz Paktia, die an Pakistan grenzt, von Bewaffneten verschleppt. Die Ingenieure hätten mit der Grenzpolizei in der Region zusammengearbeitet, hieß es.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Frank-Walter Steinmeier macht die Zustimmung seiner Partei zur Verlängerung des Afghanistanmandats im Januar davon abhängig, dass darin der Beginn des Rückzugs für 2011 festgeschrieben wird. *Kommentar Seite 4*

## Tausende Iworer auf der Flucht

Keine Ende des Dramas in der Elfenbeinküste

Genf/Abidjan (Agenturen/ND). Die Unruhen seit der umstrittenen Präsidentschaftswahl in der Elfenbeinküste haben in den vergangenen Wochen Tausende Menschen in die Flucht getrieben. Wie die UNO am Wochenende in Genf mitteilte, flohen seit Ende November rund 14 000 Iworer ins Nachbarland Liberia. Die Flüchtlinge hätten zum Teil tagelange Fußmärsche auf sich genommen, teilte das Flüchtlingshilfswerk UNHCR mit. Viele von ihnen seien dabei erkrankt, einige hätten die Flucht nicht überlebt. Es gebe zunehmend Fälle von Unterernährung bei Kindern sowie von Malaria, Durchfall und Atemwegserkrankungen. Zudem sei zu befürchten, dass nicht genügend Lebensmittel für die in Liberia gestrandeten Menschen zur Verfügung gestellt werden könnten. Das UNHCR zeigte sich besorgt über Berichte, wonach die frühere ivorische Rebellenarmee »Neue Kräfte« die Flüchtlinge daran hindert, nach Liberia zu gelangen.

Die Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) drohte derweil dem selbst ernannten Präsidenten Laurent Gbagbo mit einer Militärintervention. Sollte er die Macht nicht abgeben, werde die ECOWAS »alle geeigneten Maßnahmen, darunter den Einsatz legitimer Gewalt« ergreifen, erklärte die Gemeinschaft nach einem Krisengipfel im nigerianischen Abuja.

## Kurz

### Gegen Rassismus

Moskau (AFP). Mehr als 2000 Menschen haben in Moskau am Sonntag gegen Rassismus und die jüngste Welle ethnisch motivierter Gewalt demonstriert. Bei der Kundgebung auf dem zentralen Puschkin-Platz der Hauptstadt riefen die Demonstranten »Russland ist für alle offen«.

### Palästinenser getötet

Gaza (dpa). Bei einem Feuergefecht mit israelischen Soldaten wurden am Sonntag zwei Palästinenser getötet. Nach Angaben der palästinensischen Gesundheitsbehörde fanden Sanitäter die Leichen im südlichen Teil des Gaza-Streifens an der Grenze zu Israel.

### Ex-Minister verhaftet

Kiew (dpa). Der ukrainische Ex-Innenminister Juri Luzenko ist wegen Unterschlagung von Staatsvermögen verhaftet worden. Er gilt als Vertrauter der ehemaligen Regierungschefin Julia Timoschenko, die wegen der Veruntreuung von 200 Millionen Euro angeklagt ist.

### Neue Schachkönigin

Antakya (ND). Die erst 16-jährige Chinesin Hou Yifan hat im Finale der Schach-WM der Frauen im türkischen Antakya ihre Landsfrau Ruan Lufei am Heiligabend 5:3 besiegt und sich damit zur jüngsten Titelträgerin in der WM-Historie gekrönt. *Seiten 4 und 18*